

Exponat des Monats

Januar 2012

Schreiben von Bundespräsident Theodor Heuss an Bundeskanzler Konrad Adenauer vom 9. April 1959

Nach der Schaffung des Grundgesetzes und den ersten Bundestagswahlen 1949 wurden Konrad Adenauer und Theodor Heuss die entscheidenden Politiker der noch jungen Bundesrepublik Deutschland. Auch wenn die beiden nicht immer einer Meinung waren, so standen sie doch in einem engen Vertrauensverhältnis zueinander. Nur einmal sind sie in heftigen Streit geraten.

Auslöser war Adenauers Interesse an einer Kandidatur für die Nachfolge Theodor Heuss als Bundespräsident. Dessen zweite Amtszeit endete im Herbst 1959 und das Grundgesetz schloss eine erneute Wiederwahl aus. Eigentlich wäre es Adenauer am liebsten gewesen, wenn Heuss nach einer entsprechenden Änderung der Verfassung nochmals selbst kandidieren würde. Dieser Plan wurde jedoch hinfällig, als die SPD im Februar 1959 Carlo Schmid für die Bundespräsidentenwahl nominierte. Bei der Suche nach einem geeigneten Gegenkandidaten tat sich die CDU/CSU lange Zeit schwer, unter anderem auch, weil Adenauer, um der konfessionellen Ausgewogenheit willen, unbedingt einen Protestanten im Amt des Bundespräsidenten sehen wollte. Als Nachfolger wurden die Namen des CDU-Fraktionsvorsitzenden Heinrich Krone und des Ministerpräsidenten von Schleswig-Holstein Kai-Uwe von Hassel ins Spiel gebracht und wieder verworfen.

Schließlich gelang es dem damaligen Innenminister Gerhard Schröder, den zögernden Kanzler auf Wirtschaftsminister Ludwig Erhard einzustimmen. Damit hätte Adenauer gleich zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen können. Denn eine Präsidentschaftskandidatur Erhards würde eine mögliche Kanzlernachfolge ausschließen, was Adenauer unbedingt zu erreichen suchte. Als dieser absagte, entschloss sich Adenauer letztendlich selbst für das Amt zu kandidieren. Am 8. April 1959 gab er seinen Entschluss in einer von Rundfunk und Fernsehen übertragenen Rede bekannt. Dabei machte er folgende Aussage: „Die Stellung, die Aufgabe und die Arbeit des Bundespräsidenten werden in der deutschen Öffentlichkeit und damit auch in der internationalen Öffentlichkeit zu gering eingeschätzt. Sie ist viel größer, als man schlechthin glaubt.“ Dieses Urteil konnte auch als eine Abwertung der bisherigen Amtsausübung durch Heuss verstanden werden. Als Reaktion auf diese Äußerungen schrieb Heuss einen Tag später einen „zornigen Brief“ an den in Cadenabbia weilenden Bundeskanzler. Verbittert war Heuss vor allem über Adenauers Andeutung, dass er die politischen Möglichkeiten seines Amtes nicht voll genutzt habe. „Ich selber habe mein Amt [...] immer als ein eminent politisches Amt begriffen und zu führen gesucht, wenn es auch oft genug sich wesentlich in den Sphären des Metapolitischen auswirkte – wollen Sie, bitte, das was ich in den Kreisen der Wissenschaft und der musischen Dinge zum ersten Mal in der deutschen Geschichte [...] an Goodwill für den Staat geschaffen habe, nie vernachlässigen!“ Zudem zeigte sich Heuss verärgert darüber, dass Adenauer sich vorstellte, als Bundespräsident Kabinettsitzungen vorsitzen zu können. Schließlich habe er selbst, Adenauer, den Wunsch von Heuss nach gelegentlicher Teilnahme an den Kabinettsberatungen abgelehnt.

dem Bundespräsidenten und dem Bundeskanzler
 als öffentlichen Personen zu tun können, das fast
 nicht frequenzreiche Maat unternehmen Bundesprä-
 sident, was dem, was die Rechte nicht haben,
 fähig, die sonst für die höchste Macht. Die
 der Heide, die dem Staat der Gegenwart folgen,
 so wenig verbunden wie Carlo Schmid, Rademacher
 vom Innenministerium - in mythen, vorgebaut, - Festigung
 und Konstitutionen.
 Derjenige, der in dem so erfolgreich mit so
 geschicklich handeln. Es geht mich so sehr an, das
 die politische Verantwortung ist bei diesen politischen
 Bundespräsidenten und nicht bei den - in dem, das
 die mir überlassen werden, das ist ein Missverständnis.
 mit der - sondern um die staatliche Folgen. Die
 Qualität der Regierung ist ein Problem - in dem
 die wichtig, so weit wie die Fragen gehen. Es geht um
 mich für die Verantwortung
 nicht auch in, gegen meine Meinung. Ich habe keine
 Zustimmung: in dem das Recht, das in dem gegen die
 verhalten, die Arbeit, in dem die Verantwortung auf dem
 Land, um dem die Verantwortung geben, wie weit mich
 Haupt. Die in dem geschicklich wie bei dem (ist das) so bei der
 Regierung dem die Verantwortung, das in dem mich auf
 meine Verantwortung übertragen gegen den Bundespräsident,
 der die mit dem - staatlichen Verantwortung geben
 haben. Gute Erklärung, die von dem Bundespräsident Theodor Heuss

6. und letzte Seite des Schreibens vom 9. April 1959

Am Ende nahm die Zusammenarbeit der beiden Politgrößen doch noch ein versöhnliches Ende. Denn so schnell wie der Konflikt um die Bundespräsidentenwahl entstand, endete er auch. Anfang Juni verkündete Konrad Adenauer den Rücktritt von seiner Kandidatur. Als offiziellen Grund gab er die angespannte außenpolitische Situation an. Bundespräsident wurde schließlich der bisherige Bundesernährungsminister Heinrich Lübke. Theodor Heuss zog sich nach dem Ende seiner Amtszeit nach Stuttgart zurück, jedoch pflegte er weiterhin regen brieflichen Kontakt zu Konrad Adenauer. So blieb es bis zum Tode von Heuss im Jahre 1963.

Text: Fabian Haag

Quelle: StBKAH, III/47